

24. JUNI



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

E/XV/141 - 24. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Parifikrieg in der Metallindustrie</u> Guerrilla-Kämpfe um die 40-Stundenwoche	105
3 - 4	<u>Vor dem Parteitag in Scarborough</u> Zum Verständnis der Auseinandersetzungen in der Labour-Party Von unseren B.A.-Korrespondenten in London	91
5	<u>DP-Krankheit: Auszehrung</u> Große Konfusion in einer kleinen Partei	31
6	<u>Der Gast aus Argentinien</u> Zum Besuch des Staatspräsidenten Frondizi	32
6	<u>Auch Gebührenerhöhung bei der Post?</u> Nach der Bundestagswahl...	15
7	<u>Geheime Startpläne für Rauschgiftschmuggler</u> Lücken im internationalen Überwachungsnetz Von Bruno Kuster, Genf	52

Tarifkrieg in der Metallindustrie

Sustille-Kämpfe um die 40-Stundenwoche

rd. - "Dem sozialen Klima in der Bundesrepublik und den Beziehungen zwischen den Tarifparteien ist wieder schwerer Schaden zugefügt worden", schloß der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner seine Bemerkungen zum Abschluß der Verhandlungen über ein Arbeitsabkommen, über das am 24. Mai in Wiesbaden und am 10., 21. und 22. Juni in Bad Homburg, zwischen der IG Metall und dem Spitzenverband der Arbeitgeber, "Gesamtmittel" verhandelt worden war. Die Arbeitgeber brachen ab. Sie erklärten der Presse, die Vertreter der Gewerkschaft hätten keinerlei Kompromißbereitschaft erkennen lassen. Diese Erklärung hat die Gewerkschaft verwundert.

Um was ging es? Am 3. März dieses Jahres hatte die IG Metall das "Solcher Abkommen", vom August 1958, nach dem die Arbeitszeit in der Metallindustrie von 43 auf 44 Wochenstunden verkürzt worden war, zum 30. Juni gekündigt. Dieses Abkommen war ein Vertrag zwischen der Gewerkschaftsspitze und der Spitze der Arbeitgeberverbände.

Zum 30. Juni dieses Jahres waren aber auch gleichzeitig in den einzelnen Tarifgebieten der metallverarbeitenden Industrie, so in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saargebiet, sowie in der gesamten Eisen- und Stahlindustrie des Bundesgebietes die Lehtarife gekündigt worden. Diese gekündigten Tarife waren Verträge der regionalen Gliederungen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften. In allen diesen Bereichen war eine Lohnerhöhung von zehn Prozent und die weitere Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden, mit vollen Lohnausgleich, gefordert worden, jeweils mit Wirkung von 30. Juni dieses Jahres, und mit einer Laufzeit der Verträge von höchstens einem Jahr. Danach hätten alle im nächsten Jahr bereits wieder neue Verhandlungen mit dem Lohn und um weitere Arbeitszeitverkürzungen angestanden.

Dem Vorstand der IG Metall ist aber mehr an einer einheitlichen Bundesregelung der Arbeitszeit gelegen gewesen. Er machte den Vorschlag einer "Stufenplanke", wonach das Solcher Abkommen - also 44 Wochenarbeitsstunden - bis zum 30. Juni 1961 und damit ein weiteres Jahr Geltung haben sollte; ab 1. Juli 1961 sollte die Wochenarbeitszeit dann 42 Wochenstunden und ab 1. Januar 1964 - also zweieinhalb Jahre später - auf 40 Stunden herabgesetzt werden. Anstatt jährlicher, regionaler Tarifstreitigkeiten um Lohn, Gehalt und Arbeitszeit, hätte es denn im ganzen Bundesgebiet zumindest in der Arbeitszeitfrage für dreieinhalb Jahre Ruhe gegeben. Das war wohl ein diskutabler Kompromiß.

Zusätzlich hatte aber der Gewerkschaftsvorstand auch zentrale Lohn- und Gehaltstarife für alle gekündigten Gebiete mit einer einheitlichen Laufzeit bis zum 30. Juni 1961 vorgeschlagen und sich bereit erklärt, in den Jahren, in denen Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich und der Ablauf der Lohn- und Gehaltstarife zusammenfallen, die materiellen Auswirkungen des Lohn- und Gehaltsausgleiches bei ihren Forderungen zu berücksichtigen. Auch das war wohl ein diskutables Angebot.

Die Arbeitgeber muß aber der Hafer gestochen haben. Das ist übrigens kein Wunder bei den provokatorischen Reden ihres Präsidenten Paulsen, der wiederholt erklärt hat, die Arbeitgeberkassen seien wohl gefüllt und man solle es ruhig auf harte Arbeitskämpfe ankommen lassen. Anscheinend hielten sie das Angebot des Hauptvorstandes der IG Metall für das Ergebnis seiner Positionsschwäche. Sie forderten zunächst für den Stufenablauf einen faktisch zehnjährigen Vertrag. Später boten sie in Gummiparagrafen die 40-Stundenwoche für vielleicht den 1. Juli 1966 an, worüber dann noch ein "unabhängiger Sachverständiger" entscheiden sollte, wenn sich die Vertragsparteien zum gegebenen Termin nicht über die Arbeitszeitverkürzung zu einigen vermöchten. Zugleich wollten sie die gekündigten Lohnsätze - mit unbestimmter Lohn-erhöhung - bis zum 31. Dezember 1966 verlängert haben. Man weiß genau, daß "unabhängige Sachverständige" für die Gewerkschaften untkroptabel sind. Gewerkschaften verhandeln.

Der Clou ihrer Vorschläge war aber, daß sie ebenfalls in ihren Vorschlag ein Schlichtungsverfahren eingebaut hatten, mit dem sie durch die Hintertür die nach dem Kasseler Urteil gegen die IG Metall gekündigten freiwilligen Schlichtungsabkommen wieder einschmeißen wollten. Bekanntlich hatten die Arbeitgeber auch die zentralen Verhandlungen um ein neues allgemeines Schlichtungsabkommen im Herbst letzten Jahres abgebrochen. Nun wollen sie anscheinend in Einzelabkommen neue Schlichtungsinstanzen einbauen, um entweder Ersatz oder ein Präjudiz für Schlichtungsinstanzen nach ihrem ausschließlichen Geschmack zu installieren. Schließlich haben sie als Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung nur eine Erhöhung der Löhne um 2,3 Prozent pro gekürzte Stunde vorgeschlagen; während etwa fünf Prozent erst ein wirklicher Lohn- bzw. Gehaltsausgleich waren.

Die von den Arbeitgebern gesetzten Termine, das Lohnangebot, die eingeschmuggelte Schlichtungsordnung und die unabhängigen Sachverständigen, waren für die IG Metall unerträglich. Das wußten die Arbeitgeber sehr gut. Bekanntlich steht noch die Beschwerde der IG Metall gegen das Kasseler Urteil beim Bundesgericht an. Sollte man diese durch ein solches Abkommen entwerfen? Die Arbeitgeber haben also den Abbruch der Verhandlungen geplant und ja auch selbst vollzogen, nach dem Muster der abgebrochenen Verhandlungen um die Schlichtung im Herbst.

Mit diesem Abbruch stehen nun bereits für die nächsten Tage Verhandlungen um die Löhne und Gehälter und um die Arbeitszeit in den einzelnen Tarifgebieten an. Die Forderung ist einheitlich zehn Prozent und zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung. Diese Verhandlungen werden ohne das Ergebnis und die zeitliche Verzögerung durch die Anrufung von Schlichtungsinstanzen geführt, d.h. die regionalen Tarifinstanzen der Gewerkschaften können nach ergebnislosen Verhandlungen sofort zu Kampfmaßnahmen schreiten - und sie wissen natürlich, beim gegenwärtigen Auftragsbestand und bei der Luft, die in den Gewinnen steckt, um die Stärke ihrer Position.

Herr Paulsen, der als Präsident des BDA starke Worte prägt und den Arbeitgebern anderer Tarifgebiete vorwirft, "zu weich" zu sein - während er in eigenen Tarifbereichen und Unternehmen die gleichen Zugeständnisse macht - und der wahrscheinlich auch "Gesamtmittel" Kersettstungen eingesetzt hat, wird nach den regionalen Tarifverhandlungen Bilanz ziehen müssen. Hält die Konjunktur an, so wird er womöglich im nächsten Jahr bereits vor den Ergebnissen stehen, die in anderen Ver-langen um zehn Jahre verschoben werden sollten. Die Metaller scheinen entschlossen sich durchzusetzen; davon, ob sie dazu stark genug sind, braucht man wohl nicht zu reden. + + - - 3 -

Vor dem Parteitag in Scarborough

Von unserem B.A.-Korrespondenten in London

Die britische Tagespresse gefällt sich in der sensationellen Wiedergabe der Auseinandersetzungen über Verteidigung, Parteikonstitution und Sozialisierungsklausel im Lager der Labour-Party. Von einem oberflächlichen Standpunkt aus betrachtet, erscheinen diese oft persönlich zugespitzten Zwisterei übertrieben, unnötig und daher parteischädigend. Die Anlässe der Auseinandersetzungen, die einen gesunden Wachstumsprozeß bedeuten, liegen in zwei Problemen unserer Zeit, für deren Lösung es weder in einem Handbuche des Marxismus noch in irgend einer Untersuchung der bürgerlichen Ideologen ein Rezept gibt: nämlich 1., welche Aufgaben stellt die "affluent Society" die Wohlstandsgesellschaft unserer Tage den Sozialisten, und 2., wie kann man ein Land und eine Nation verteidigen, ohne den Untergang der Menschheit in einen mit Atomwaffen geführten Krieg zu verursachen? Der tiefere Sinn der Labourauseinandersetzungen liegt darin, dass man von den verschiedensten Standpunkten aus eine gültige Antwort auf diese Fragen zu geben sucht. Dabei gibt es keine klare Frontstellung, sondern die Meinungen überkreuzen sich häufig, so dass es schwer ist, eine klare Darstellung der Streitpunkte und der sich streitenden Gruppen zu geben.

Grundsätzlich klingen zwei theoretische Auffassungen miteinander. Die eine, welche gemeinhin als der "Revisionismus" bezeichnet wird, stützt sich hauptsächlich auf die Schriften von Anthony Crosland, darunter das Buch "Die Zukunft des Sozialismus" und die spätere Fabian-Kampfschrift: "Kann Labour gewinnen?". Seine Hauptthese besteht darin, dass sich die britische Arbeiterpartei den sozialen Änderungen der letzten beiden Jahrzehnte anpassen und damit eine breitere Basis erlangen müsse. Sie müsse die Gesellschaft der Zukunft repräsentieren und ihre Politik nicht auf die Gegensätze der Gesellschaft der früheren Generationen einstellen. Mit anderen Worten, Labour darf keine Klassenpartei im marxistischen Sinne sein, sondern müsse allen Schichten einer Gesellschaft etwas zu bieten haben, die allmählich die krassen Gegensätze der kapitalistischen Ära überwinden wird. Diese Ideen werden gleichfalls von Roy Jenkins, Douglas Jay und anderen vertreten, die zum nächsten Freundeskreis Gaitskellis gehören.

Der "Revisionismus" Croslands, auf den sich auch der Ruf nach einer Neufassung der Sozialisierungsklausel des Parteiprogramms stützt, wird von der Masse der britischen Gewerkschaften mit verhaltenem Miss-

24. Juni 1960

trauen beobachtet, da "Verstaatlichung der Schlüsselindustrien" seit mehr als einer Generation die einheitliche Lösung der Gewerkschaftlicher darstellte. Von ihnen kommt allerdings keine prinzipielle Opposition, diese war bisher den Kreis der linksintellektuellen vorbehalten, der sich um die Zeitschrift "Tribune" schart und deren Hauptsprecher Michael Foot und Ian Mikardo sind.

Nun haben sie vor wenigen Wochen einen mächtigen Verbündeten in Richard Crossman entdeckt, der durchaus kein prinzipieller "Linker" noch ein Pazifist oder Atomgegner ist. Aber Crossman ist ein Ideenreicher, brillanter Journalist und Redner, der seine neuen Ideen mit grosser Überzeugungskraft darzustellen weiss. Er hat vor wenigen Wochen eine Fabian-Broschüre "Labour in the affluent society" (Labour in der wohlhabenden Gesellschaft) veröffentlicht, welche nicht nur den "Revisionismus" Croslands - und damit auch Gaitskells - ablehnt, sondern auch eine theoretische Begründung für militante Opposition liefert. Seiner Ansicht nach kann sich eine sozialistische Partei nicht auf den Boden der Wohlstandsgesellschaft stellen, ohne ihren sozialistischen Charakter und damit ihren Sinn zu verlieren. Nach seiner Ansicht trägt die "Wohlstandsgesellschaft" den Keim von Untergang und Verfall in sich, sie ist dem Wettbewerb des Kommunismus nicht gewachsen und wird schon Ende der sechziger Jahre in ein Verfallstadium eintreten.

Man hat Crossman wegen seiner theoretischen Konzeptionen einen "Unglückspropheten" getauft, seine Theorie mit der Marx'schen Verfallstadiumstheorie in Parallele gesetzt und ernstere Leute, wie Roy Jenkins, haben in ausführlichen Artikeln versucht, die Trugschlüsse in seiner Konzeption aufzudecken. Aber solche Versuche werden nicht verhindern, dass Crossman's Ansichten den Sammlungspunkt für alle diejenigen in der Partei abgeben werden, welche zunächst den "staatsmännischen Methoden" der Labour-Führung unzufrieden sind und einen unverwässerten Sozialismus wünschen.

Es ist ganz klar, dass eine lebendige Partei grundsätzliche Auseinandersetzungen in einer Zeit braucht, die fast unlösbare Probleme aufwirft. Man kann es sich auch nicht vorstellen, dass solche grundsätzliche Auseinandersetzungen durch einen Beschluss des Parteitages in diesem oder jenem Sinne entschieden werden können. Die Aufgabe für die Labour-Führung wird darin liegen, trotz solcher unvermeidlichen und notwendigen Diskussionen die Schlagkraft der Partei als politische Opposition des Landes aufrechtzuerhalten.

Schließlich noch eine praktische Grundbetrachtung. Man hat in der britischen Presse und in ihrer Echo im Ausland das Gespenst des Unterganges der britischen Labour-Party an die Wand gemalt. Diesen Untergangspropheten braucht man nur die einfache Frage zu stellen: Welcher englische Partei wird die Zukunft gehören, einer Labour-Party, die sich grundsätzlich - und in der Hitze des Gefechtes auch persönlich streift, und dabei vielleicht auch diese oder jene Tagesaufgabe aus dem Auge verliert, um die Probleme unserer Zeit zu lösen, oder einer Partei wie den Konservativen, die höchstens hinter verschlossenen Türen Fragen aufwirft und sich in der praktischen Politik mit Improvisation, Beschönigung und Kniffen durchschlägt. Man braucht nur zwischen den Zeilen der Leitartikel der konservativen Presse der letzten Tage zu lesen um zu sehen, dass nur Kennillans Treckenspielerkunst geradezu Angst einjagt.

DP-Krankheit: Auszehrung

ap - Des Kanzlers kleiner Appendix, die Deutsche Partei, leidet an der Auszehrung und ist just in diesen Wochen dabei, einen neuen Beweis für die alte Erfahrungstatsache beizusteuern, dass nicht recht gedeihen will, was sich in die Koalitionsarme Konrad Adenauers begibt.

Ausserhalb Niedersachsens laufen der Deutschen Partei die ohnehin nicht eben im Überfluss vorhandenen Mitglieder davon und suchen sich eine neue politische Bleibe. In Niedersachsen hingegen hat unter den DP-Leuten ein kräftiges Fauzichen angehalten, bei dem es darum geht, ob sich der alte Weifenstamm der DP mit der FDP, mit der CDU oder bloss mit eigener Kraft auf die nächste Bundestagswahl vorbereiten soll! Der geschäftsführende Vorsitzende der DP, Langeheine, hält es eher mit der FDP, eine Reihe von Bundestagsabgeordneten hat sich offenkundig längst vollends der CDU ergeben, und - Jeder gegen Jeden - einige wackere Deutschparteilier scheinen finster entschlossen, weder bei der einen noch bei der anderen Seite "Krücker" zu borgen und die DP chemisch rein zu halten.

Angesichts dieser grossen Konfusion in einer kleinen Partei nimmt es nicht wunder, dass eine Reihe über die Maassen loyaler DP-Bundestagsabgeordneter sichernd nach einer guten Absprung zum CDU-Mutterschiff suchen, weil sie offensichtlich die wahrlich nicht schwere Einsicht gewonnen, es sei unter der Fahnen der DP mit der Renaissance der konservativen Idee doch wohl nichts geworden.

In der Tat: damit ist es nichts geworden, und es konnte damit nichts werden, weil sich jedermann der Chance der Profilbildung begibt, der sich in jene Spielart der CDU-Übernung einlässt, von der neben der Deutschen Partei auch gewesene Koalitionspartner Konrad Adenauers ein paar traurige Strophen singen können.

Die deutsche Politik freilich kann das Schicksal der DP - mag es nun gehen, wie es mag - ertragen. Aber als Beispiel dafür, wie es zuweilen mit "Koalitionspartnern" endet, ist die DP-Episode gleichwohl lehrreich.

Der Gast aus Argentinien

sp - Auf dem Europareise-Programm des Präsidenten der argentinischen Republik Frondizi steht auch ein Besuch in Bonn. Ein "grosser Bahnhof" wird ihn erwarten. Frondizi verdient alle Ehren, die den Repräsentanten eines uns freundschaftlich gesinnten Staates gebühren. Zwischen Argentinien und der Bundesrepublik gibt es keine entscheidenden Differenzen. Die Handelsbeziehungen verlaufen zur beiderseitigen Zufriedenheit, obgleich für die Zukunft einige Schatten auf sie fallen dürften. Argentinien befürchtet beim Inkrafttreten des gemeinsamen Aussenzolls für EWG-Staaten nachteilige Auswirkungen. Die aus den Kriege herrührenden Eigentumsfragen sind geregelt; hier erwies sich die lateinamerikanische Republik zum Unterschied von anderen Staaten grosszügig. Der hohe argentinische Gast dürfte bei vielen seiner Wünsche auf deutscher Seite Gehör finden. Sie betreffen die Ausweitung des Handels, keine Diskriminierung des argentinischen Exportes und deutsche Kredite. In der Begleitung des Staatspräsidenten befindet sich auch sein Finanzminister Klein, was wohl als ein Zeichen dafür zu werten ist, dass man ernsthafte Verhandlungen zu führen gedenkt.

Gerade dies und die unzweifelhafte deutsche Bereitwilligkeit, argentinischen Wünschen nach Möglichkeit nachzukommen, sollte auf deutscher Seite Gelegenheit geben, auch heikle Themen zu berühren. Der Schutz den Argentinien Menschen gewährt, die in Verdacht stehen, schamlose Verbrechen während des Dritten Reiches begangen zu haben - wie der SS-Arzt Dr. Mengele - bildet ein Ärgernis. Bisher hatten argentinische Behörden jedes Auslieferungsbegehren deutscher Gerichte abgelehnt. Auch dass der Massenmörder Eichmann viele Jahre lang ungeschoren in Argentinien leben konnte, hat das demokratische Deutschland schockiert. Gewiss, das Asylrecht ist unantastbar, aber es sollte nicht für Kriminelle gelten und für jene, die Deutschlands Namen durch ihre Mitwirkung an Verbrechen schändeten. Diese Menschen verdienen nicht die Freiheit, die ihnen Argentinien gewährt, sie gehören vor deutsche Gerichte. Ist zu hoffen, dass dieser Aspekt bei den Verhandlungen über Handel und Kredite nicht ganz übersehen wird?

+ + +

Auch Gebührenerhöhung bei der Post?

sp - Bei der Bundespost seien Gebührenerhöhungen nicht geplant, hat der Bundespostminister jüngst gleich mehrfach versichert, und das hört der Bundesbürger sicher gern. Indessen, manche eingeweihte Beamte im Hause des Bundespostministers scheinen es besser, zum mindesten jedoch anders zu wissen: sie prophezeien eine "Gebührenreform", bei der beispielsweise die Tarife für die Paketbeförderung angehoben werden sollen.

So ist also des Ministers schöne Zusicherung offensichtlich doch so sehr beruhigend nicht, und der Postkunde darf keineswegs hoffen, auf längere Sicht vor der Post Ruhe zu haben. Freilich darf er - nach allem, was man aus dem Bundespostministerium hört - einstweilen in der Tat beruhigt sein: vor der Bundestagswahl wird sich an den Postgebühren wirklich nichts ändern. Nach der Wahl hingegen wird es dann Ernst. Just nach der Wahl nämlich, im Jahre 1961, soll es mit der "Reform" der Postpreise beginnen ...

+ + +

Geheime Startpisten für Rauschgiftschmuggler

B.K. - An der fünfzehnten Tagung der Kommission zur Bekämpfung der Rauschgifte, einem Organ des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO, wurde festgestellt, dass der verbotene Handel mit Rauschgiften nach wie vor "brüchig" floriert, dank einer ausgedehnten und ausgezeichneten Organisation. Auch wenn es den Kontrollorganen häufig gelingt, bedeutende Mengen verschiedenster Rauschgifte zu beschlagnehmen, so treffen solche Schläge doch nie die wirklichen, zentralen Manager dieses internationalen Handels. Beispielsweise bestehen zwischen dem Kokain-schmuggel in Südamerika offensichtlich Verbindungen zu den Schmugglerzentren in Europa, deren Päden einerseits in den Mittleren und Fernen Osten, andererseits nach Nord-Amerika reichen.

Die Rauschgiftsucht ist in manchen Ländern noch so ausgebreitet, daß teilweise von einer ernsten Beeinträchtigung der Volksgesundheit, teilweise aber zumindest von einer dauernden potentiellen Bedrohung gesprochen werden muss. Dabei ist auch auf den kriminalistischen Aspekt des Problems hinzuweisen, bildet doch die Existenz einer straf organisiert internationalen Verbrecherorganisation, die über ausgedehnte Mittel verfügt und vor keiner Gewalttat zurückschreckt, ein Zentrum für alle möglichen "verwandten" Unternehmungen.

In Ägypten gibt es noch etwa 800 000 Haschisch- und 160 000 Opium-Süchtige, 150 000 in Hongkong. In Indien nimmt die Zahl der Opiumraucher ständig zu, dagegen wird das Gift noch von 560 000 Personen direkt eingenommen. In den USA waren Ende 1959 rund 45 400 Rauschgift-süchtige registriert, von denen der grösste Teil dem Heroin verfallen ist. Das Ausmass des Übels kann jedoch alljährlich eingeschätzt werden, wie auch in Kanada. Dagegen wird häufig beobachtet, dass die Süchtigen zu immer stärkeren Mitteln greifen, um die angestrebte Wirkung erzielen zu können.

Es scheint, dass das Flugzeug immer mehr zum bevorzugten Transportmittel für die Rauschgifte wird. In Südamerika, gewissen Gebieten des Nahen und Fernen Ostens wurden sogar geheime Landeplätze entdeckt. Andererseits wird der reguläre Transatlantikverkehr häufig zu Schmuggelzwecken misstrachtet, sei es, dass Passagiere die Ware mit sich führen, sei es, dass diese in den Neupotheken der Flugzeuge geschmuggelt wird.

Den Industrielländern droht wohl die grösste Gefahr von den künstlichen Rauschgiften, die unter immer neuen Formen in grosser Zahl auf den Markt gelangen. Unterstanden vor einem Jahr acht Mittel einer besonderen staatlichen Kontrolle, hat sich deren Zahl bis heute auf über 70 erhöht, wodurch der Jährlich gewisse nicht erleichtert wird.

Die Antwort auf diese Lage besteht im Bestreben, die internationale Zusammenarbeit immer enger zu gestalten, um auch die letzten Lücken in der Überwachung schliessen zu können. Dieses Ziel dient, abgesehen von Massnahmen des technischen Beistandes und sachkundiger Beratung, der auf Anfang des nächsten Jahres vorgesehene Abschluss einer einheitlichen internationalen Konvention zur Unterdrückung des Rauschgiftschmuggels. Eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg dieser Bemühungen sind aber gesunde politische Verhältnisse, denn Grenzkonflikte und ähnliche Spannungen verhindern eine vertrauensvolle Zusammenarbeit benachbarter Länder. Gerade solche Zustände sind aber im Mittleren Osten für das ausgebreitete Schmuggelwesen weitgehend verantwortlich.

+ + +

Verantwortlich: Günter Farkschaffel